Das Reichsbanner

Erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 1.95 RM., monatlich 65 RPfg. Zeitungspreisliste 4. Nachtrag Seite 21. Einzelnummer im Zeitungshandel 20 RPfg. Druck und Verlag W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Gr. Münzstr. 3. Fernruf 6264—6267. Postscheck 122 Magdeburg. Redaktionelle Leitung Karl Höltermann, verantwortlich Ernst Diesenthal, beide in Magdeburg. Tel. 9778. Alleinige Anzeigenannahme: Anzeigenverwaltung des Reichsbanners, Magdeburg, Gr. Schulstr. 2b. Tel. 4619. Postscheck 2625 Magdeburg. Schluß der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen. / Insertions-Bedingungen: Die 9 gesp. Millimeter-Zeile im Anzeigenteil 40 RPfg., die 3 gesp. Millimeter-Zeile im Reklameteil 3 RM. / Beilagen nach Vereinbarung. / Verantwortlich für Anzeigen E. Schuppe, Magdeburg

Zeitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold / Bund Deutscher Kriegsteilnehmer und Republikaner E. V., Sitz Magdeburg

Nr. 1 — Magdeburg, 5. Januar — Jahrgang 1929

Wehrpolitik und Republik

Parteiprogramm und Einheitsfront

Die Inangriffnahme des Wehrproblems durch die Sozialdemokratische Partei hat die Wehrpolitik, dieses Kernstück konstruktiver Gesamtpolitik, in den Vordergrund des Interesses gerückt. Nachdem die Sozialdemokratische Partei zur Prüfung aller einschlägigen Fragen eine „Kommission" eingesetzt hatte, ist auch die Demokratische Partei zur Bildung eines „Wehrausschusses" geschritten.

Eingehend hat sich am 8. Dezember Dr. h. c. A. Stegerwald auf dem Kölner Reichsparteitag des Zentrums über das Wehrproblem ausgesprochen. Wenngleich Herr Dr. A. Stegerwald unserm großen Bunde republikanischer Kriegsteilnehmer nicht angehört — seine mit theoretisierender Ideologie nicht beschwerten Darlegungen dürften in sorgfältigerer Berücksichtigung von Meinung und Stimmung unsrer Zentrumskameraden gegeben worden sein. Stegerwald führte aus:

„Wenn ich mich persönlich zu entscheiden hätte, ob Garantierung der deutschen Grenzen durch die Entente und kein deutsches Heer, oder aber ob Nichtgarantie dieser Grenzen, dafür aber ein Heer von 100 000 Mann, dann würde ich mich für die deutsche Grenzgarantie durch die Entente ohne deutsches Heer entscheiden. Das hat man aber beim Versailler Diktat nicht getan. Wenn ich mich weiterhin zu entscheiden hätte, ob polnischer Korridor und Schutz der Ostsee durch die deutsche Marine, oder aber kein polnischer Korridor und keine deutsche Marine, dann würde ich mich für letzteres entscheiden. Aber auch darin hat man in Versailles anders beschlossen; man hat den Korridor eingeführt. Und solange der Korridor besteht, sind wir genötigt, die Verbindung mit Ostpreußen auch dann zu sichern, wenn es einmal bei einem andern europäischen Konflikt, an dem Deutschland nicht beteiligt ist, Polen in den Sinn kommen sollte, den polnischen Korridor zu sperren und Ostpreußen ebenso im Handstreich zu nehmen, wie Italien Fiume, Polen Wilna und Litauen Memel im Handstreich genommen haben, ohne daß der Völkerbund den Willen und die Kraft aufbrachte, die Dinge nachträglich wieder zu ändern.

Nun haben wir uns zu fragen: Welche Aufgaben hat die kleine deutsche Reichswehr und die kleine deutsche Marine? U. E. eine doppelte:

1. Die deutsche Reichswehr hat die Aufgabe, deutsches Land zu verteidigen für den Fall, daß man uns dieses gewaltsam wegzunehmen sucht;

2. hat die deutsche Reichswehr die Aufgabe in dem Falle, in dem zwei andre europäische Staaten miteinander Krieg führen, die deutsche Neutralität ähnlich zu verteidigen, wie Holland und die Schweiz beim letzten Weltkrieg ihre Neutralität bewaffnet verteidigt haben. Wer der kleinen deutschen Reichswehr beim gegenwärtigen europäischen Wehrsystem andre Aufgaben zuweist, ist ein politischer und militärischer Illusionist."

Der bisherige öffentliche Meinungsaustausch in der sozialdemokratischen Presse hat bereits eine weitreichende Einhelligkeit dargetan: Die Anerkenntnis der Notwendigkeit nationaler Wehrhaftigkeit im Sinne reiner Abwehr ist unbestritten. Sondermeinungen von Einzelgängern, seien es ultraradikale Pazifisten oder — wie H. von Gerlach sie einmal zutreffend bezeichnete — „verhinderte Rotarmisten" wurden offensichtlich vom gesunden Menschenverstand der Massen ignoriert. Einen fast geschichtlich bemerkenswerten Einzelfall dürfen wir nicht übergehen, da auch er ein „Index" des wachsenden realpolitischen Sinnes des werktätigen deutschen Volkes zu sein scheint: Dr. Paul Levi, ehedem einer der engsten Mitarbeiter Lenins, ging in einer parteipolitischen Studie „Wehrhaftigkeit und Sozialdemokratie" folgerichtig so weit, auch für einen proletarischen Wehrorganismus militärische Abwehrbereitschaft gleichermaßen gegen ein diktatorisches Rußland wie gegen ein diktatorisches Italien zu verlangen.

Besonders interessieren aber müssen vom überparteilichen republikanischen Standpunkt die mittlerweile (28. Dezember) veröffentlichten „Richtlinien zur Wehrpolitik" jener Kommission der Sozialdemokratischen Partei. Wenn wir absehen von dem parteiprogrammatisch gebundenen Begriff „Sozialistische Regierungen", so wird jeder deutsche Republikaner als Plattform gemeinsamer demokratischer Arbeit die folgenden Sätze anerkennen dürfen:

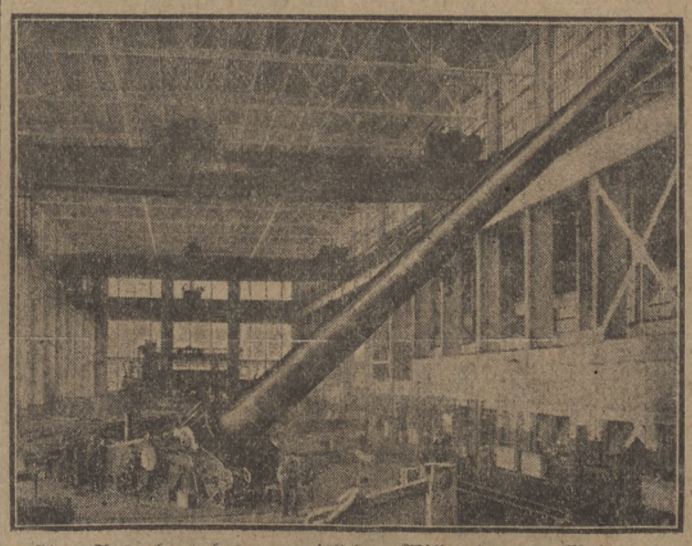
„Der wirksamste Schutz der deutschen Republik beruht auf einer deutschen Außenpolitik, die auf die Verständigung der Völker und die Erhaltung des Friedens gerichtet ist. Noch droht aber die Machtpolitik imperialistischer und fascistischer Staaten mit konterrevolutionären Interventionen und neuen Kriegen. Deutschland kann als Aufmarschgebiet mißbraucht und wider Willen in blutige Verwicklungen hineingerissen werden.

Solange diese Gefahren bestehen und solange sie nicht durch sozialistische Regierungen, wenigstens in den wichtigsten Ländern zum Verschwinden gebracht werden können, ist die deutsche Republik genötigt, zum Schutze der Selbstbestimmung ihres Volkes eine Wehrmacht aufrechtzuerhalten.

Die Wehrmacht kann ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn sie in ihrem Denken und Fühlen mit dem Volke verbunden ist und sich — im Gegensatz zu allen militaristischen Tendenzen, die auf die Beherrschung des Staates durch das Militär hinauslaufen — als dienendes Glied in die demokratische Republik einordnet."

Wehrpolitik 1917 – Wehrpolitik 1929

Ohne Einheitsfront ist in Deutschland republikanische Wehrpolitik überhaupt nicht möglich. Das ist eine Binsenwahrheit. Wichtiger ist, daß nur demokratische Wehrpolitik wie vom staatsmännischen, so auch vom militärischen (feldherrlichen) Standpunkt aus Gewähr der Friedenserhaltung und erfolgreicher Abwehr im „Ernstfalle" geben kann. Schon einmal hatten wir in Deutschland so etwas wie eine wehrpolitisch-demokratische Einheitsfront. Wir hatten sie mit dem gewaltigen Hintergrund des auf fünf riesigen Fronten tobenden Weltkrieges: im Sommer 1917, damals fanden sich im Reichstag Abgeordnete aus dem Zentrum, den Nationalliberalen, den Demokraten und den Sozialdemokraten zum „interfraktionellen Ausschuß" zusammen, um in der geplanten großen „Friedensresolution" den vollen Einklang der außen- und innenpolitischen, der volkspsychologischen und militärischen Gesichtspunkte sicherzustellen. Wehrpolitik ist nichts fachlich Begrenztes, sondern ein Zusammenfassen aller für die Selbstbehauptung eines Volkes wesentlichen Faktoren. Jene Friedensresolution war entscheidungsvolle „Wehrpolitik" mitten im Kriege. In der Wehrprogrammatik der republikanischen Parteien von heute schwingt der Grundakkord der „Friedensresolution" von 1917. Zur Ausarbeitung jener Friedensresolution sind damals Vertrauensmänner der vier Parteien bestimmt worden. Damals noch, wo der vierte Kriegswinter bevorstand, wagte es der Führer der Konservativen, Graf Westarp, hinter sich den unsichtbaren Drahtzieher der annexionistischen Vaterlandspartei, den Kruppdirektor Hugenberg, zu erklären, daß seine Partei einen Frieden auf der Grundlage des Besitzstandes von 1914 (!) ablehne. Um was ging es in dieser jeden einzelnen Feldgrauen wie des seiner Verelendung entgegengehenden Volkes im ganzen zu tiefst berührenden Schicksalsfrage? Schließlich gerade auch um die taktische Frage, ob die „große" Koalition festgehalten werden könne oder die „kleine" gewählt werden müsse. Wenn aber damals die (heute zur Deutschen Volkspartei gewordenen) Nationalliberalen versagten, so weniger deswegen, weil ihren Führern der wehrpolitische Ueberblick gemangelt hätte, als weil ihre Anhängermassen (die Deutsche Volkspartei ist ja auch heute noch Millionenpartei!) — demokratisch ungeschult, am Gängelband der Nachrichtenzentrale der Obersten Heeresleitung und blind



Eine Ausgeburt des neuzeitlichen Militarismus: Modernes nordamerikanisches Riesengeschütz.

gehalten im System des Kriegs- und Belagerungszustandes — sich ihren Führern versagte. Heute würden ein deutsch-volksparteiliches Mitmachen reaktionärer Stahlhelmpolitik wohl nur die Führer zu verantworten haben. So hatte sich also damals (1917) — in einer wehrpolitischen Schicksalsfrage — die „große Koalition" zerschlagen. Erst im März 1918 — zu spät — strebten die Nationalliberalen unter Stresemann in den „interfraktionellen Ausschuß" zurück.

Nur in der Atmosphäre des preußischen Konservativismus aber wucherten lange vor dem Kriege die schon rein militärisch verfehlten „Siegesrezepte" des Einbruchs in Belgien, die Baupläne der (marinestrategisch letzlich zwecklosen) „Risikoflotte", die Angstvorstellungen vor „Einkreisung" und die Rüstungssteigerungen. Wir sind 1914 in den Krieg „gestolpert", weil bei uns — in abgeschwächtem Maße auch in England und Frankreich, erst recht natürlich im Zarenreiche — demokratische Kontrolle fehlte. Die von radikalen Pazifisten betonte Gefahr, daß jeder Angriffskrieg zum Verteidigungskrieg umgefälscht werden könne und werde, kann kaum einreißen, wo demokratische Kontrolle eingebaut ist. Geschieht es trotzdem — so war es eben nur Formaldemokratie. Nach 1917 war der demokratische Wille nicht stark genug. Es war von verhängnisvoll symptomatischer Bedeutung, daß dieser preußische Konservativismus (O. H.-L.) 1917 im engen Zusammenspiel mit Lenin und Genossen, nachdem nun schon der artgleiche Zarismus zusammengebrochen war, nun auch die junge russische Demokratie (Kerenski-Tscheidse-Zeretelli) planmäßig mit in die Luft sprengen half. Einheitlicher gewaltiger Schwung ist die Seele siegreichen Abwehrkampfes. Ein zu wüstester Vaterlandsparteilerei ausartender Konservativismus mußte von 1915 ab zu wachsender Zerrissenheit des Volkes führen.

Es genügt nicht, wenn — wie seit 1918/19 in Deutschland zweifellos geschehen — nur die Außenpolitik nach einigermaßen demokratischer Zielsetzung und Methodik geführt wird. Wehrpolitik hängt innig mit ihr zusammen. Sie hängt wiederum ab von wesentlichen innerpolitischen Bedingungen. Wehrpolitik ist ein Teilstück der Gesamtpolitik. Nur im Rahmen einer konsequent demokratischen Gesamtpolitik läßt sich auch eine durchsichtige, auf unmißverständlichen Abwehrwillen gegründete Wehrpolitik durchsetzen.

In diesen Tagen erst hat jedoch — nach der „Frankfurter Zeitung" vom 24. Dezember — in der „Depêche de Toulouse" der französische Kriegsminister Painlevé, „vernünftiger" Pazifist und Mitglied der Liga für Menschenrechte, diesen Vergleich zwischen der französischen und deutschen Armee gezogen:

„Vergleichen wir nicht die deutschen und die französischen Methoden. Deutschland hat gehandelt wie ein Volk, das sicher ist, nie angegriffen zu werden. Seine Armee ist wundervoll ausgerüstet, außerordentlich beweglich, sie kann in einigen Tagen gegen ein Land geworfen werden, das der Mobilisierung noch abgeneigt ist. Sie ist nicht geeignet, Grenzen zu schützen, sie ist geeignet, anzugreifen, die Mobilisierung des Gegners zu paralysieren, bis ins Herz eines Landes vorzudringen, plötzlich und überraschend zu handeln. Wir denken nicht daran, anzugreifen. Und wenn ein Land wie unsres sich an der Nordsee, am Mittelmeer zu schützen hat, welche Streitkräfte braucht es dann! Auf jeden Fall braucht man mehr Menschen zur Verteidigung als zum Angriff."

In solchem zweifellos neues Mißtrauen in Frankreich weckenden Urteil steckt eine völlige Verkennung der deutschen Wehrpolitik, aber auch eine Verdächtigung der Ehrlichkeit deutscher Außenpolitik. Dieses merkwürdige Urteil ist aber doch nur der Widerhall der von unsrer deutschen konservativen Militärschriftstellerei und von der konservativen „Autorität" eines Herrn von Seeckt planmäßig und beharrlich ausgesprochenen Meinungen. Innen- wie außenpolitisch unmißverständliche republikanische, d. h. überparteilich-demokratische deutsche Wehrpolitik läßt sich nur durchführen im Rahmen einer konsequent demokratischen Gesamtpolitik; das ergibt sich schon aus den Zielen, die man einer solchen Wehrpolitik setzen muß. Ansonsten bleibt sie unfruchtbar wie die „Friedensresolution" des Kriegsjahres 1917. Diese Ziele unter, wie wir hoffen wollen, reger Mitarbeit aller Kameraden systematisch aufzuzeigen, halten wir für eine besonders wertvolle Reichsbanner-Aufgabe. —

Demokratische Kontrolle

Gedanken zum neuen Jahre

Selbstkritik des Politikers.

Wenn sich der Politiker vor einer Schwäche hüten soll, dann ist es die, das als Tatsache hinzunehmen, was er nur wünscht. Er soll Realist sein, die Tatsachen sehen und werten, sie gegeneinander ausspielen, sie gruppieren, er soll den Menschenwillen organisieren. Und da ist es schon die größte Schwäche, wenn er als Tatsachen nimmt, was nur seine stillen Wünsche sind. Und doch gibt es im politischen Leben auch solche Realitäten, die nicht immer gleich greifbar sind, die sich nicht zählen, sondern höchstens erst ahnen lassen, aufdämmernde Entwicklungstendenzen, die es richtig einzustellen und zu leiten gilt — der Politiker soll nicht nur Realist, sondern auch ein feinfühlender Beobachter sein. Aber hier tut sich auch gleich wieder die Gefahrengrenze auf, wo sich in die Beobachtungen wieder die Wünsche einschleichen, wo die Merkmale, die eine verborgene Entwicklung anzudeuten scheinen, falsch gewertet werden, wo er Symptome zu einseitig nimmt, wo er das Leben, das in einem ewigen Wechsel von Widersprüchen und Gegensätzen verläuft, unter zu einfache und abstrakte Regeln schiebt. Ich schicke diese methodische Selbstkritik, diese durch den politischen Beruf aufgezwungene Skepsis gegenüber den eignen Gedankengängen voraus, um unter ihrem Vorbehalt zu sagen, was mir eins der Hauptmerkmale der politischen Entwicklung im vergangenen Jahre gewesen zu sein scheint und von dem ich wünschen möchte, daß es sich in der jetzt versuchten Ausdeutung immer stärker entwickeln und sichtbar machen möchte: Ich meine die wachsende Neigung zu einer demokratischen Kontrolle des politischen Geschehens.

Kriegsgefahr und Weltwille.

Die Empörung, welche in der sogenannten zivilisierten Welt der Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Bolivien und Paraguay in Südamerika gefunden hat, ist doch ein Faktum, das in seiner Art neu ist. Die Gründe dafür mögen nicht überall dieselben gewesen sein. Vielleicht ist auch diese Entrüstung dadurch erleichtert worden, daß Interessen europäischer Völker nicht unmittelbar so beteiligt waren, daß sie kriegshetzerisch gewirkt hätten. Vielleicht erlaubte gerade die weite Entfernung des Kriegsschauplatzes eine vorbehaltlosere Verurteilung der kriegerischen Vorgänge, indem das, was an Kriegsbegeisterung in den europäischen Menschen noch vorhanden ist, nicht sofort angefacht und zur Mitwirkung angestachelt werden konnte. Vielleicht gab es noch sehr viel Menschliches, sehr viel Egoistisches, sehr vieles, das mit der moralischen Beurteilung des Krieges als solchem nichts zu tun hatte, was der schnellen Beendigung der ausgebrochenen Feindseligkeiten zugute kam. Und dennoch bleibt ein guter Rest übrig, der Rest, den ich als das Bewußtsein einer allgemeinen Verpflichtung der Völker für die Aufrechterhaltung und Unversehrtheit des Friedens und der Menschenwürde bezeichnen möchte. Das ist jedenfalls sicher: Wäre der Krieg zwischen Bolivien und Paraguay vor zwanzig Jahren ausgebrochen, so hätten die europäischen Staaten wohl zunächst nur ein Interesse daran gehabt, irgendwie an diesem Kriege zu verdienen. Ist doch bis 1914 keine kriegerische Aktion, und wäre es an den äußersten Enden der Welt gewesen, eingeleitet worden, die nicht jedes staatliche Kabinett gereizt hätte, dabei irgendein Schäfchen ins trockne zu bringen. Das ist diesmal nicht geschehen. Ich weiß nicht, ob es bei einem neuen Kriegsfall wiederum nicht geschehen würde, aber daß es nicht geschah, lag diesmal auch an einer Kontrolle der Oeffentlichkeit, an einem gewissen Weltwillen zur Aufrechterhaltung des Friedens. Und diesem ist es erst im eigentlichen Sinne zu verdanken, daß die Intervention des Völkerbundsrats Erfolg hatte.

Ein unsichtbares Volksbegehren.

Für den engern Bereich der deutschen Politik sind im letzten Jahr ebenfalls solche Symptome einer demokratischen Kontrolle des politischen Geschehens in bemerkenswerte Weise sichtbar geworden. Sie kommen hier nur insofern in Betracht, als sie über den Rahmen einer Partei hinausgreifen, Willenssymptome eines allgemeinen Volkswillens geworden sind. Am wichtigsten scheint mir da die öffentliche Meinung im Falle des nordwestlichen Eisenkonflikts zu sein. Der Eisenkonflikt ist als eine Machtprobe zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern nicht zum Austrag gekommen. Er wurde vielmehr unter dem Drucke der öffentlichen Meinung ziemlich bald nach seinem Ausbruch abgedämmt. Das Verhalten der Arbeitgeber war auch zu frivol. Das Ziel, das sie erreichen wollten, nämlich eine Neuordnung des Schlichtungswesens, war an sich wohl diskutierbar. Daß das Problem des Schlichtungsverfahrens noch keine wirklich gültige Lösung gefunden hat, wird sogar bis in die weitesten Linkskreise hinein zugegeben. Der oberste Schlichter selbst hatte durch die Einberufung der Oktoberkonferenz eine solche Konzession gemacht. Wenn trotzdem das Verhalten der Unternehmer, ihre brutale Aussperrungspolitik eine allgemeine Ablehnung erfuhr, dann ist das ein Beweis dafür, daß eine öffentliche Kontrolle lebendig ist, die wohl zu unterscheiden weiß zwischen einem erlaubten Ziel und unerlaubten Mitteln. Dieser öffentlichen Meinung haben sich die Arbeitgeber fügen müssen, und sie waren wohlberaten, als sie es taten. Vielleicht sind sie jetzt so klug, ihre Syndizi, die an dem Ausbruch des Konfliktes nicht zuletzt die Schuld tragen, anzuweisen, einmal einen volkspsychologischen Elementarunterricht durchzumachen, damit sie, so stark auch ihre Kampfmittel sein mögen, nicht immer wieder in die für sie unbequeme Notwendigkeit versetzt werden, sich einer Schlichtungspraxis zu unterwerfen, die schließlich trotz ihrer scheinbaren Form der Freiwilligkeit schlimmer für sie ist als die gesetzlich angeordnete. Ein unsichtbares Volksbegehren hat sich in den Anfangstagen des Dezember vollzogen, das in seiner Art erheblich durchschlagender war als jedes andre, das bisher von einer Partei oder einer Gruppe von Parteien eingeleitet worden ist. In jenen Tagen ist im eigentlichen Sinne des Wortes zur Geltung gekommen, was man demokratischen Willen nennen möchte, jener Wille, der leider heute in der Politik durch das nun einmal bestehende System der Parteien nur zu oft verfälscht wird.

Proletarische Demonstrationen.

Demokratische Kontrolle bahnt sich vielleicht auch in den Emanzipationsbewegungen der sogenannten „untern" sozialogischen Schichten innerhalb der bürgerlichen Parteien an. Wir konstatieren ein Aufbegehren des mit der Hand und dem Geiste arbeitenden Proletariats gegenüber dem Mißbrauch, den wirtschaftliche Machtstellung mit der demokratischen Staatsform seit Jahren zu treiben beliebt. Es ist wohl nicht im eigentlichen Sinne des Wortes Klassenkampf, was hier zum Ausdruck kommt, denn die hier gemeinten Strömungen fühlen und bezeichnen sich noch durchaus als Ausschnitt aus dem gesamten Volksleben, aus der gesamten Volksgemeinschaft. Soweit sie dies tun, und soweit sie ein wirkliches Recht haben, so zu tun, sehen wir in ihren Demonstrationen den Ausdruck einer demokratischen Kontrolle. Sie tut unsrer Politik, sie tut unserm Staatsleben not wie das tägliche Brot.

Die Kriegsgeneration und ihr Erbe.

Die eigentliche Kriegsgeneration ist in dieser Kontrollbetätigung zur politischen Willensäußerung erwacht. Jene Kriegsgeneration, die um ihr Erlebnis an der Front und die Errungenschaften der Revolution nicht betrogen sein möchte, auch wenn sie vielleicht den Krieg geschätzt und die Revolution selbst nicht verstanden hat. Diese Kriegsgeneration fühlt auch, daß der Tag zu Ende gehen will, an dem sie noch zu wirken vermöchte. Sie sieht, daß eine Nachkriegsgeneration aufwächst, die an ihrem großen Erleben keinen innern Anteil nehmen konnte, weil sie noch nicht erlebnisfähig war. Sie muß befürchten, daß diese vielleicht nicht richtig zu werten weiß, was ihr als Erbe übergeben wird, daß sie zu spät schließlich neu erwerben muß, was sie als Erbe bereits einmal in den Händen hatte. Darum wird es Zeit, daß demokratische Kontrolle nicht nur geschieht, sondern auch als solche bewußt wird, deshalb wird es Zeit, daß die neue Generation in etwas hineinwächst, was ihre Vorderen als Uebung tätigten. Damit es ihr zur Gewohnheit werde und die Demokratie in ihrem eigentlichen Wesen dem deutschen Volk erhalten bleibt.

Volkskontrolle! Volkskontrolle!!

Schnell verrinnen die Jahre, schnell wechseln die Generationen. Das politische Leben ist in einem ununterbrochenen Fluß, immer neue Mächte wälzen sich an die Oberfläche. Aber wer des Glaubens ist, daß der Mensch in seinem Kerne gut ist, wer Vertrauen zum Volke und seinen Kräften hat, der wird den Jahreswechsel nicht vorübergehen lassen, um der deutschen Politik und der Politik der Völker die ständige aufmerksame Volkskontrolle zu wünschen und sie dem Gesetz der Demokratie zu unterwerfen. Als der Krieg zur Neige ging, wurde das deutsche Volk erstmalig seiner selbst bewußt und isolierte das überkommene Regierungssystem. Es hat sich 1918/1919 auch die äußern Formen der Demokratie zurechtgezimmert, daß es sie mit seinem Willen ausfülle und sie immer mehr zweckdienlich zu handhaben verstehe, daß die demokratische Kontrolle des politischen Lebens erwache und täglich wirksamer werde, das sei unser Wunsch bei Beginn des neuen Jahres! —

Von Fritz Lensen.

Marinevereine, Tirpitzpolitik, Dolchstoß

Noch im November, kurz vor seinem Tode, hat der frühere Flottenchef, Admiral Scheer, in Aufsätzen über „Kriegsflotte und Umsturz" wiederum die Dolchstoßlegende ausgeschlachtet. Aus unserm Leserkreise sind uns Aufforderungen zugegangen, diese Lügen noch einmal totzutreten. Da starb Scheer, und wir hielten aus diesem Grunde mit Polemik zurück.

Nur zu einer Scheerschen Behauptung glaubten wir statistische Unterlagen einziehen zu sollen. Nachstehend bringen wir sie. Als besonders bedeutungsvoll war „Der Bund deutscher Marinevereine" vorgestellt worden, in dem (mit 35 000 Mitgliedern) „hauptsächlich ehemalige Unteroffiziere und Mannschaften zusammengeschlossen" seien. Wir können diese 35 000 Mann — vorausgesetzt, daß diese Ziffer stimmt — keinesfalls als eine für die Urteilsbildung entscheidende Masse

Die Kopfstärken der „Kaiserlichen Marine" betrugen am

	1. August 1914	1. Januar 1918
an Offizieren	3 612	8 110
„ Deckoffizieren . . .	3 183	6 579
„ Unteroffizieren . .	15 966	49 344
„ Mannschaften . . .	56 319	210 988
Zusammen	79 080	275 021

In dem „Bund deutscher Marinevereine" stecken nun aber, wie im Kyffhäuserbund überhaupt, die in der Vorkriegszeit stark geförderten Marinevereinsbestände mit Deckoffizieren usw., die 1914 bis 1918 gar keinen Dienst zur See mehr gemacht haben. Man darf (nach unsrer Kenntnis) den Stand an solchen Friedens-„Veteranen" im „Bund" auf 50 Prozent ansetzen. An wirklichen Seesoldaten bleiben hiernach für den „Bund" kaum 15- bis 18 000 übrig, ein verhältnismäßig sehr geringer Stand, der sich keinesfalls als maßgeblich ansehen darf.

Auf die Scheersche Gesamtauffassung der Seekriegsführung aber können wir heute antworten mit einem recht freimütigen Urteil des Vizeadmirals a. D. Hopmann, das ein vernichtendes Urteil über die Tirpitz-Wilhelminische Baupolitik darstellt. In der Verneinung der „Risikoflotte" liegt aber letzten Endes die Anerkennung der Aussichtslosigkeit weitstrebender deutscher Seekriegsführung überhaupt. Hopmann schreibt („Deutscher Offiziersbund" Nr. 36):

„Die Vorherrschaft Großbritanniens auf der See in die Schranken zu fordern", war für die deutsche Flotte leichter gesagt als getan. Der Kern der britischen Flotte, die Grand Fleet, lag der deutschen Hochseeflotte fast doppelt überlegen schon zur Zeit der Kriegserklärung kampfbereit in ihrer Operationsbasis, Scapa Flow auf den Orkney-Inseln, von wo aus sie feindliche Vorstöße über die Nordsee mit Ueberlegenheit zurückweisen oder im Rücken abfangen konnte. Im Englischen Kanal waren weitere Geschwader stationiert, die zur Entscheidung herangezogen werden konnten. Das Wagnis eines sofortigen, bis an die englische Küste herangetragenen Einsatzes der deutschen Flotte, womöglich mit dem Ziele, die Transporte des englischen Expeditionskorps über den Kanal dauernd zu unterbrechen, war ein strategisches Glücksspiel, das unverantwortlich scheinen mußte. Der Krieg gegen den britischen Seehandel zwecks Unterbindung der Zufuhr des Mutterlandes wäre bei dem Mangel an überseeischen Stützpunkten selbst bei erheblich höherer Zahl von Auslandskreuzern aussichtslos gewesen. Die Entscheidung lag ebenso wie in frühern Seekriegen im Flottenkampf. Es kam für Deutschland darauf an, diesen möglichst in die Nähe der heimischen Küsten zu ziehen, wo die eignen Operationsbasen das Risiko von Rückschlägen verminderten und die Beteiligung von Torpedobootsflottillen, U-Booten und Minensperren und andern lokalen Verteidigungsmitteln den Kampf erleichterte. Die deutsche Seekriegsleitung rechnete zunächst mit dem baldigen Erscheinen britischer Streitkräfte in der Deutschen Bucht, hoffte auf Teilerfolge und sich daraus ergebende günstige Gelegenheiten zu mehr oder minder entscheidenden Schlägen. Der erste Operationsbefehl für die Nordseekriegführung gab dem Ausdruck.

Die Rechnung war unrichtig und auf Grund der britischen Flottenmanöver der letzten Jahre auch unberechtigt. Die britische Flotte vermied es, in folgerichtiger Zurückhaltung, ohne dringendes strategisches Ziel entscheidende Flottenkämpfe zu suchen, deren ungewisser Ausgang im Fall einer Niederlage oder auch nur eines erheblichen Rückschlags von schwerwiegender Bedeutung für die britische Kriegführung und das britische Prestige werden konnte. In gleicher, aber fast noch ausgesprochener Weise hielt sich zunächst auch die deutsche Hochseeflotte zurück. Sie lag während der ersten Kriegsmonate fast unbeweglich in den Flußmündungen der Nordsee, aber ohne die Möglichkeit, im Falle des Erscheinens ihres Gegners sich noch rechtzeitig aus den Flußmündungen zu entwickeln, wie der erfolgreiche britische Kreuzervorstoß am 28. August 1914 bewies."

Gesang der Hämmer

Wir prägen das Eisen, wir preisen die Zeit,
Die sinnvoll und kräftig uns dröhnend erhebt.
Wir lieben den Werktag, wir sind stets bereit
Zu schmieden den Frieden, der in uns nur lebt.

In diesem Jahrhundert, das wild und verbrannt
Am eigenen Geist sich verliert und betrügt,
Sind wir ganz allein noch die Kraft hier im Land,
Die mühvoll die mächtigen Dächer euch fügt.

Wir reden und schreiben nur durch das Metall,
Bei schönen Gelagen betrifft man uns nie,
Nur manchmal nach Lärm und nach Schweiß und nach Schwall
Senkt man uns müde und feiernd ans Knie.

Vergeßt nie die Hämmer! Vergeßt nie den Fleiß!
Noch nie ward ein Werk ohne unsern Gesang.
Wir schmieden die Völker zu bindendem Kreis,
Wir wandern durchs Feuer mit sicherem Gang.

Gustav Leuteritz.

*

Johann Gottfried Seume

Der Prophet gilt in seinem Vaterland nichts. Johann Gottfried Seume zählt leider zu den wenig gelesenen und fast vergessenen Zeitgenossen Schillers. In unsern Schulbüchern findet man zwar das Gedicht über den edelmütigen Wilden, der einem Weißen, seinem Feinde, gastfreundlich den Schutz seiner Hütte anbietet. Das ist Seume, der Ethiker, der nur ein harmloses Dasein in unsern Schulbüchern fristet. Mindestens ebenso wichtig ist für uns Seume, der Republikaner und Politiker. Als solcher will er auch gewertet sein. Tatsächlich hat es vor und nach ihm keinen Deutschen gegeben, der so eindringlich und wahrhaftig den deutschen Fürsten den Spiegel ihres Verfalls vor Augen gehalten hätte.

„Der Staat bin ich!" Diesen Wahlspruch König Ludwig XIV. von Frankreich übernahmen gern und freudig die deutschen Fürsten, Erbpächter nationaler Würde. Deutschland, zerrissener und buntscheckiger als das Gewand eines Bettlers, in dem 365 Könige und Zaunkönige ein behagliches und sorgenfreies Schmarotzerdasein führten. Mätressenherrschaft, großzügige Treibjagden und glänzende Feste verschlangen Unsummen von Geld. Das gutmütige Volk war der geduldige Zahler, der die ungeheuern Schulden der Souveräne mit seinem Schweiß und Blut tilgte. Das war die Zeit der Soldatenverkäufe, die Zeit, in der ein gefallener mehr galt als der lebende Soldat. Schiller, Regimentsmedikus wider Willen, charakterisierte treffend diese Schande in dem Trauerspiel „Kabale und Liebe". Und Seume schrieb aus eignem Erleben: „Fürst könnte etwas Göttliches sein, wenn es nicht etwas Teuflisches geworden wäre", oder: „Wer Gerechtigkeit, Liberalität und Geschichte sehen will, darf nur die Zeitungen und die Verordnungen der Fürsten nehmen, da findet man von allem das Gegenteil."

Seume spürte die Willkür der Fürsten am eignen Leibe. Er hatte das Unglück, bei einer Wandrung durch hessisches Gebiet von den Werbern des Landesherrn aufgegriffen und als Soldat nach Amerika verkauft zu werden. Abenteuerlust und Tatendrang ließen ihn das Schicksal erst weniger hart erscheinen. Es wird zum Schrecken, als die wiederkehrenden Soldaten an den großen Friedrich verkauft werden sollen. Durch eine gefahrvolle Flucht entzieht sich Seume diesem Verhängnis.

Es ist gewöhnlich so: eigne Not schärft den Blick für die fremde, und große Reisen geben dem Menschen mehr Weitblick und Erfahrung, als wenn sein Leben immer um den gleichen Kirchturm kreist. Die Wunden des politischen und wirtschaftlichen Deutschlands, die Seume in seiner Reisebeschreibung „Mein Sommer 1805" bloßlegt, zeigen, wie sehr ihn die Krankheit des Vaterlandes schmerzt. Diese Schrift zu lesen ist für jeden Gewinn. Es wäre einfach, so etwas in der Gegenwart zu schreiben, da die freie Meinungsäußerung zu den verbrieften Rechten eines jeden Deutschen gehört. Wie aufrecht und mutig mußte der Mann sein, der in der Zeit der Fürstendespotie sich zum Ankläger der Gewalt machte. Schubart, der Gefangene Riegers auf dem Hohenasperg in Württemberg, Schiller, sein großer Landsmann, auf der Flucht vor dem Zorne seines Landesherrn, waren warnende Exempel, die nicht nur vereinzelt statuiert wurden. Vor Antritt seiner Reise nach Syrakus schreibt Seume etwas spöttisch, daß der Himmel ihn behüten möge vor den Händen monarchistischer und demagogischer Völkerbeglücker, die mit gleicher Despotie uns schlichten Menschen ihr System an die Nase heften wollen.

Der Zusammenbruch Preußens bei Jena und Austerlitz war für Seume nicht verwunderlich; denn er schreibt: „Freie Männer schlugen immer die Halbknechte" und „Bei Ulm und Austerlitz hat sich unser Stocksystem in seinem ganzen Glanze gezeigt". In der größten Not Deutschlands, die der Niederlage folgte, konnte er von seinem Adel sagen: „Die jetzige Seele des Adels ist ja: nichts beitragen und alles genießen." Seume weiß auch den Ausweg aus dem Elend und schreibt, wie man radikaler auch heute nicht sein kann, rückblickend auf die Französische Revolution: „Für uns ist keine Rettung, als das Gute der Franzosen nachzuahmen und ihre Schrecknisse zu vermeiden. Sie sind durch Gleichung der Lasten, die einzige wahre Freiheit und Gerechtigkeit, zu der größten Nationalkraft gestiegen." Heute wie vor 125 Jahren hat man marktschreierisch nach dem starken Manne gerufen, der Deutschland aus der Tiefe wieder auf den Platz an der Sonne führen soll. Diesen Leuten kann man mit Seume erwidern: „Wo ein einziger Mann den Staat erhalten kann, ist der Staat in Fäulenis kaum der Erhaltung wert", und „Die Nation, die nur durch einen einzigen Mann gerettet werden kann, verdient Peitschenschläge".

Es würde zu weit führen, in diesem engen Rahmen Seumes Leben aufzuzeichnen. Das könnte man nicht erschöpfend genug behandeln. Ueber seine Jugendstreiche würden wir herzhaft lachen, könnten einen guten Sohn tüchtiger Bauern bewundern, und dürften uns freuen über den Eifer eines klugen Schülers. Das Soldatenleben des 18. Jahrhunderts würde vor unsern geistigen Augen erstehen. Auch der spätere Magister in Leipzig bliebe uns nicht fremd. Zuletzt wären wir seine treuen Begleiter auf den zahlreichen Reisen, die ihn ins ungeheure Rußland, ins ernste Skandinavien, durch das zerrissene Deutschland und nach dem romantischen Italien führen. Er stände vor uns als der typische wanderfrohe Deutsche, den es immer wieder nach den vaterländischen Eichen zieht. Wie seine Freunde müßten auch wir uns im Geist an seinem Sterbebett in Teplitz neigen und sagen wie Matthias Claudius an der Gruft seines Vaters: „Sie haben einen guten Mann begraben, und mir war er mehr."

Wir wollen ihn als Vorkämpfer der Republik verehren. Die rücksichtslose Beurteilung deutscher Eigenheiten und Fürstenherrlichkeiten, die ausnahmslos im Rückschrittlichen fußen, lassen den ehrlichen Wunsch eines aufrechten Mannes nach einem freien Volk erkennen, stempeln den Mann zum Republikaner und machen ihn auch heute noch zum wahren Künder unsrer großen Ideen. So soll man Seume lesen, und so soll er in unsern Herzen wohnen: „Besser als in Stein und Erz."

Hans Buse.

Kameraden, kauft unsre
Reichsbanner-Schallplatten

71/410

Psychologie und Außenpolitik

Erst den Boden vorbereiten

In der Politik — Innen- wie Außenpolitik — gilt fast ausnahmslos ein Grundsatz: Ideen siegen nicht allein dadurch, daß sie vernünftig sind. Solange nicht der Boden in weiten Kreisen für die Idee bereitet ist, solange nützt alle Vernunft nichts. Wer Politik treiben will, darf daher

die Psychologie nicht vergessen.

Sie ist die wichtigste Grundlage, ganz gleich, ob es sich um den Friedensgedanken oder um Staatsreformen handelt. Wo wir auch hinsehen, wir werden die Regel bestätigt finden. Sie berechtigt zu Pessimismus wie zu Optimismus. Zu Pessimismus: denn der vernünftigste Grundsatz wird sich nicht durchsetzen ohne psychologische Vorbereitung. Zu Optimismus: denn auch wenn eine gute Idee nicht sofort siegt, braucht man die Hoffnung nicht aufzugeben, daß sie doch allmählich das Leben der Völker durchdringt.

Einige Beispiele, die aus dem Erleben der letzten Wochen gegriffen sind, mögen das Gesagte bestätigen.

*

Da ist zunächst

der vermiedene Krieg in Südamerika.

Ueber die Vorgänge berichteten wir kürzlich bereits. Wir zeigten damals die Schwierigkeiten, die sich einer Schlichtung durch den Völkerbund entgegentürmten, die mangelnden Machtmittel der Genfer Friedensorganisation, vor allem aber die von den Vereinigten Staaten eifrig behütete Monroedoktrin („Amerika den Amerikanern"). Trotz der Schwierigkeiten der berufsmäßigen Friedenshüter konnte der Krieg aber vermieden werden, ohne daß es nötig gewesen wäre, den Völkerbundsrat zu einer Sondertagung zusammenzuberufen. Briand handelte als Vorsitzender des Rates selbständig. Er ließ sich, nachdem die Kriegsgefahr vorüber war, als Friedensstifter beglückwünschen.

Ist dieser Ruhm des Völkerbundes, der ja gleichzeitig der Ruhm Briands ist, auch verdient? Schwerlich. Allein hätte der Völkerbund den Frieden in Südamerika kaum sichern können. Aber die Nachbarn der beiden streitenden Staaten, Argentinien, Chile und Peru, arbeiteten in der gleichen Richtung wie der Völkerbund, auch sie wollten den Frieden erhalten und drohten die Zufuhren zu den Kriegführenden zu sperren. Und auch die Vereinigten Staaten setzten sich energisch für den Frieden ein. Der befürchtete Konflikt Völkerbundssatzung—Monroedoktrin blieb also aus.

Alle Teile zogen am gleichen Strange.

Der Druck der Vereinigten Staaten, die Drohungen der südamerikanischen Nachbarn waren sicher mindestens so wirksam wie Briands Telegramme. Der „Erfolg des Völkerbundes" ist also kaum mehr als eine Legende. Aber gibt es denn etwas wirksameres als Legenden? Der Glaube, daß der Völkerbund den Frieden erhalten kann, dieser Glaube, der durch die südamerikanischen Vorgänge gefestigt worden ist, ist eine unschätzbare Macht. Dieser Glaube hat psychologische Wirkung. Er nährt in den Völkern die Zuversicht, daß der Völkerbund doch etwas wert sei. Und diese Zuversicht gewährt wieder wirkliche Macht. (Gewiß, und dieser Glaube ist auch eine Gefahr, da die Völker sich allzu leicht in Sicherheit wiegen, und von unlösbaren Konflikten dann plötzlich überrascht werden.)

Die Idee des Völkerbundes ist eine vernünftige Idee. Sie bleibt wirkungslos, solange die Völker nicht an den Völkerbund glauben. Glauben sie aber an ihn, dann werden sachliche Hemmungen leicht überwunden. Dann ist

die Idee zur Macht geworden.

Mögen daher die Politiker die Unschuld des Völkerbundes am südamerikanischen Frieden durchschauen, das ändert nichts. Es ist doch ein Sieg des Völkerbundes, weil der Glaube an seine Wirksamkeit gewachsen ist. Der Boden für den Sieg der Vernunft ist bereitet.

Mag der Ausgang der Krise in Südamerika auch ein unerhörter Glückszufall für den Völkerbund gewesen sein. Glück ist in der Politik Schicksal. Die Welt ist also für den Gedanken des Völkerbundes reif.

*

Richten wir unsern Blick von Südamerika auf eine andre Ecke der Welt, nach Afghanistan. Dort

kämpft König Amanullah einen schweren Kampf.

Mag er auch diesmal siegen, eins wird erkannt haben: das Reformieren ist kein Kinderspiel. Amanullah war in Europa und lernte unsre Zivilisation kennen. Amanullah sah das Vorbild der Türkei, die sich auch unter energischer Führung aus einem orientalischen Staat alter Prägung zu einem modernen von europäischen Gedanken beeinflußten Staatswesen umwandelte. Amanullah wollte es nachmachen, er wollte mit altem traditionellem Zopf aufräumen.

Aber er vergaß, daß in der Türkei eine moderne Bewegung, die Jungtürken, schon seit Jahrzehnten die fortschrittlichen Ideen propagiert hatte, er vergaß, daß der verlorne Krieg die Brüchigkeit der alten Gewalten dem türkischen Volke vor Augen geführt hat, daß die Türkei als selbständiger Staat allein der Tat der Reformer ihre Existenz verdankt. In der Türkei war also der Boden für die Reform bereitet.

Anders in Afghanistan, das bisher kaum mit Europa in Berührung gekommen war. Ein einzelner — gewiß eine bedeutende Persönlichkeit — versuchte hier im Eiltempo zu reformieren. Er wollte nicht nur Errungenschaften europäischer Zivilisation einführen, er wollte auch mit den

religiösen Formeln des Islams

brechen. Hier konnte der Widerstand der Reformgegner einsetzen, und hier setzte er auch ein.

Mag er auch diesmal siegen, eins wird er erkannt haben: der Vernunft entsprechen, er hat vergessen, psychologisch den Boden zu bereiten. Das mußte sich rächen. Auch wenn der reformeifrige König schließlich siegen wird, er wird das Tempo seiner Reformen der Auffassungsfähigkeit seines Volkes anpassen müssen, wenn er nicht letzten Endes doch unterliegen soll. Sein letzter Aufruf deutet bereits an, daß Amanullah dies eingesehen hat.

*

Wieder an andrer Stelle der Welt können wir die Bedeutung psychologischer Vorbereitung für den Erfolg jeder Politik erkennen. Kehren wir nach Europa zurück, nach Italien. Unbestrittene Meldungen berichten von der bevorstehenden

Einigung zwischen italienischem Staat und Papsttum.

Der Papst war einst souveräner Herrscher — auch in weltlichem Sinne — über den Kirchenstaat. Das neu entstehende Königreich Italien hatte dem Papst die weltliche Macht entrissen. Seitdem betrachteten sich die Päpste als Gefangene im Vatikan, seitdem herrschte bittere Feindschaft zwischen Papst und dem Staate Italien.

Solange in Italien liberale, kirchenfeindliche Regierungen herrschten, war an einen Ausgleich nicht zu denken. Erst der antiliberale Mussolini führte den Umschwung herbei. Mussolini ist ein kluger Psychologe, darin liegt die Stärke seiner Herrschaft (deshalb wäre jede Verpflanzung des Fascismus ohne Mussolinis psychologisches Geschick ein lächerliches Unterfangen). Mussolini erkannte sofort, wie wertvoll es ist, die mächtige katholische Kirche zum Freund — mindestens nicht zum Feind — zu haben. Er arbeitete auf die Versöhnung mit dem Papsttum hin. Als kluger Psychologe überstürzte er auch hier nichts. Er wußte, daß man den Ausgleich nicht mit einem Federstrich herbeiführen könne. Er begann daher damit, den antiklerikalen Staat abzubauen. Er gewährte dem Katholizismus wieder Einfluß im Staatsleben. So bereitet er den Boden.

Durch wiederholte Debatten in Zeitungen und Zeitschriften erkundete er die Position des Papstes. Immer wieder schien es, als gingen die Standpunkte noch weit auseinander. Aber immer freundschaftlicher wurde der Ton der Auseinandersetzungen. Jetzt scheint endlich die Grundlage der Einigung gefunden zu sein, die dem Papste wieder ein Stück Souveränität gibt, ohne die Idee des einheitlichen italienischen Staates zu zerstören. Einzelheiten sind zurzeit noch nicht bekannt. Aber eins sehen wir heute schon. Die sorgsame psychologische Vorbereitung der Ausgleichspolitik war notwendig, wenn nicht schwere Erschütterungen diese ganze Politik gefährden sollten!

*

Psychologische Vorbereitung.... Diese Worte stehen auch über dem Problem, das uns heute am nächsten angeht, über dem Reparationsproblem.

Die Einberufung der Sachverständigenkommission

ist ja jetzt gesichert. Welche Kämpfe, wieviel Nervenkraft erforderte bereits die Vorbereitung. Sollen die Sachverständigen unabhängig sein oder sollen sie den Weisungen ihrer Regierungen folgen müssen? Wer soll die Sachverständigen ernennen, Regierungen oder Reparationskommission? Welche Aufgabe sollen die Sachverständigen haben? Sollen sie das ganze Reparationsproblem von Grund auf anpacken, oder sollen sie nur im Rahmen des Dawes-Plans die Anzahl der deutschen Jahreszahlungen festsetzen? Im allgemeinen — vom Formalen abgesehen — drang der deutsche Standpunkt durch.

Aber wir dürfen nie vergessen, daß das alles nur Vorfragen sind, daß der Hauptkampf uns noch bevorsteht. Das Ringen um die Höhe der deutschen Reparationsschuld ist wahrhaftig keine Kleinigkeit. Der Erfolg entscheidet über das Schicksal von Generationen.

Daß eine befriedigende Lösung des Reparationsproblems erst den Boden für eine weitergehende deutsch-französische Verständigung ebnet, nur nebenbei. Aber bei Anerkennung der Schwierigkeiten, die vor uns liegen, dürfen wir den Weg, den wir bereits zurückgelegt haben, nicht unterschätzen.

Clemenceaus Finanzminister Klotz prägte einst zur Rechtfertigung seines leichtfertigen Etats das berühmte Wort: „Der Boche wird es bezahlen." Heute ist — o Ironie des Geschickes — derselbe Herr Klotz als Wechselfälscher verhaftet, heute sagt kein französischer Finanzminister mehr „Der Boche wird es bezahlen". Morgen beraten deutsche Finanzsachverständige gleichberechtigt mit den alliierten Sachverständigen über Höhe und Zahlungsweise der Reparationen. Von Klotz' zynischer Bemerkung über die Diktate von Spa und London, über den Dawes-Plan zur Sachverständigenkonferenz. Ein weiter erfolgreicher Weg! Auch er konnte nur beschritten werden, weil die deutsche Verständigungspolitik nach Locarno und Genf führte und weil diese Politik trotz aller Fehlschläge im einzelnen die eine gute Wirkung hatte, auch in den Ländern der Entente den Boden für eine neue Politik vorzubereiten. Noch ist der Weg zur Vernunft nicht frei, aber wir können ihn bereits sehen. Auch das ist ein Erfolg.

Dr. G. Warburg.

„Das Reichsbanner"

Zeitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Bund Deutscher Kriegsteilnehmer und Republikaner E. V.

tritt ein für die Erhaltung und den sozialen Ausbau des demokratischen Volksstaates, für die freie, großdeutsche Republik,

nimmt von diesem Standpunkte aus Stellung zu den wichtigsten Ereignissen der Innen- und Außenpolitik,

setzt sich ein insbesondere für die Wahrung der Interessen und Rechte der Kriegsteilnehmer und Kriegsopfer,

bringt wertvolle Beiträge sachkundiger Mitarbeiter über die Geschichte der demokratischen Entwicklung in Deutschland,

den Weltkrieg und seine Auswirkungen,

das Wehrproblem in der Republik,

die Reichsreform und den Einheitsstaat,

die Entwicklung der bündischen Bewegung.

In einem reich ausgestatteten literarischen Teil läßt es Dichter und Schriftsteller der jüngeren republikanischen Generation zu Worte kommen und bemüht sich insbesondere, einen Ueberblick über den Niederschlag des Krieges in der Literatur zu geben.

Der Jugend ist die Beilage „Jungbanner" gewidmet.

Dem Sport dienen die Beilagen „Schutzsport" und „Kleinkaliber-Schießen".

„Das Reichsbanner" gehört in das Haus jedes Republikaners.

Deutschtum in Spanien

Deutschlands Wiederaufstieg als Republik, seine beispiellos rasche Entwicklung auf dem Boden der neuen Tatsachen, seine hervorragenden Leistungen auf allen Gebieten erregen in Spanien Bewunderung und Staunen; um so mehr, als man weiß, welch schwere Lasten aus dem bankrotten Kaiserreich mit übernommen werden mußten.

Spanien war im Kriege vorwiegend deutschfreundlich gesinnt gewesen; nicht weil es mit gewissen imperialistischen Plänen besonders sympathisiert hätte, sondern vor allem, weil besonders im gewöhnlichen Volke noch von den napoleonischen Kriegen her Franzosenfeindlichkeit weit verbreitet war und ist. Als dann das alte Deutsche Reich nicht mehr war, hielt man Deutschland be-

Was bringt der Film?

Der Film ist eine so internationale Angelegenheit geworden, daß jede Neurung, die ein Land bringt, sich in den Nachbarländern auswirkt. Film und Rundfunk sind Hauptträger der Völkerverständigung im technischen und kulturellen Sinne. Eben deswegen nehmen sich alle Versuche, diese Errungenschaften zu nationalistischen Zwecken zu mißbrauchen, so unsäglich lächerlich und kindisch aus.

Als vor zwei Jahren der „Panzerkreuzer Potemkin" auftauchte und die westeuropäischen und amerikanischen Begriffe von Filmkunst auf den Kopf stellte, bildete man sich zunächst ein, die Konkurrenz aus dem Felde schlagen zu können. Die Zensur wurde in Bewegung gesetzt — eine Einrichtung, die unsern republikanischen Zuständen Hohn spricht, nachdem wir feierlich die Theaterzensur abgeschafft haben — und mußte zweimal daran herumschnipfeln. Und dann holte die deutsche und die amerikanische Produktion zu Gegenstößen aus: zu den Marinefilmen, die die musterhafte Disziplin und das rührend gute Einvernehmen von Offizieren und Mannschaften bei den U. S. A. und bei der kaiserlichen Flotte vor Augen führten, und die bildschönen Großfürsten und ihre noch bildschönere Weiblichkeit vom Zarenhof des schwachsinnigen Nikolaus verherrlichten, die Bolschewiki dagegen, die die guten Filme herstellen, als lauter besoffene Trottel und Wüstlinge anprangerten. Das geschieht eben jetzt wieder mit dem wüsten Reißer „Fünf bange Tage", wo in die zugrunde liegende antimilitaristische russische Novelle ein gerechtes Kriegsgericht und damit ein versöhnlicher Ausgang hineingeschwindelt wird.

Aber auf die Dauer nützt ein Kampf mit so schäbigen Waffen nichts. Das Publikum ist nicht so gedankenlos, wie es die Produzenten immer hinstellen, wenn man ihnen die Minderwertigkeit ihrer Dutzendware vorwirft, und sie sich dann hinter den „Wünschen des Publikums" verschanzen. Das Publikum, das sie sich wünschen, gibt es gar nicht. Und immer häufiger kommt es vor, daß in Berlin ein Film mit Zischen und Pfeifen und Hohngelächter abgelehnt wird. Die Ufa mußte den amerikanischen von Sentimentalität und falschem Heldentum nur so triefenden „Fürst der Abenteurer", trotz dem Herzensbrecher Ramon Novarro in der Hauptrolle, nach drei Tagen verschwinden lassen; aber auch das „Galeerenschiff", eine unsäglich geschmacklose Verballhornung der wiederholt schon verfilmten „Manon Lescaut", wurde, obwohl mit einer Bombenreklame herausgebracht, mit Mißfallen aufgenommen. Die Yankees mögen ihre kühnen fechtenden, reitenden, springenden, schwimmenden Uebermenschen, ihre Sporthelden, die mit dem engelgleichen, blonden, unschuldigen Mädchen aus allererster Familie belohnt werden, hübsch für sich behalten — wir haben für diesen Artikel keinen Bedarf mehr.

Aber auch die Amerikaner sind nicht unbelehrbar. Sie haben uns wiederholt durch pazifistische Tendenzstücke überrascht und uns um so schmerzlicher die Denkfaulheit unsrer eignen Produktion empfinden lassen. Umgekehrt dient das Schlagwort vom „amerikanischen Kitsch" dazu, die Kritik von dem einheimischen, dem deutschen Kitsch abzulenken. Die vom Filmkapital abhängigen Teile der bürgerlichen Presse vergessen darüber allzu leicht die positive Seite, die Verdienste des amerikanischen Films, zu würdigen. Der Regisseur der „Großen Parade", King Vidor, unternimmt einen kühnen Vorstoß in das Gebiet der russischen Kunst, die Kollektivkunst ist. Er macht in dem „Mensch der Masse" energisch Schluß mit dem billigen, verlogenen Optimismus, durch den man bisher die Mehrzahl der Filmbesucher mit ihrem erbärmlichen Schicksal ausgesöhnt hatte, indem man ihnen den kleinen Mann, der zu den höchsten Stellungen emporklettert und ein reiches Mädchen heiratet, oder eine kleine Angestellte, die die Frau des Chefs wird, vorgaukelte. Der Held dieses neuen Films ist kein Douglas Fairbanks, sondern ein Dutzendmensch, wie sie in Neuyork millionenweise umherlaufen, und das Mädel, das er so schnell heiratet, ist gleichfalls eine aus der großen Masse, die die Tretmühle „Kapitalismus" verschlingt.

Es ist die Geschichte der betrogenen Hoffnungen, die hier mit sympathischer und im Film ganz seltener Ehrlichkeit erzählt wird. Der Aufstieg zu etwas „ganz Großem", von dem das kleinbürgerliche Hirn immerzu träumt, bleibt aus. Alles, was diese Menschen bewegt, im Glück wie im Unglück, geht unter im Massenbetrieb der gigantischen Großstadt, in dem ihr Leben alltäglich und bis zum Ekel banal wird. Die Alltagssorgen stumpfen die besten Gefühle ab; die Gatten werden hart und ungerecht gegeneinander, und wenig fehlt, so machte der Stellungslose seinem verpfuschten Leben selber ein Ende. Daß das nicht geschieht, daß vielmehr der Mann zu seiner Frau zurückfindet, die drauf und dran war, ihn zu verlassen und zu ihrer Familie zurückzukehren, ist ein schwächliches Kompromiß, ein Zugeständnis an die nach einem versöhnlichen Ausgang begierigen kleinbürgerlichen Gemüter. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß dieser „Mensch der Masse" ein erschütternd großes wahres Dokument des Lebens bleibt. Jenes Lebens, das so unsäglich trostlos verläuft, weil es sich nicht auf Solidarität, auf gegenseitige Hilfe gründet, sondern auf individuellen Ehrgeiz, auf selbstsüchtige Streberei.

Als Beispiel dafür, wie aktuell der amerikanische Film ist, mag die Groteske „Der tolle Ozeanflieger" gelten. Während wir Deutsche im Lustspiel kaum über die Schwankeinfälle von 1880 hinausgekommen sind, machen sie sich drüben über ihre eignen Schwächen und Narreteien lustig: Levines dilettantische Ozeanfliegerei und der Sensationsrummel darum herum werden mit herzerfrischender Frechheit verulkt. Auch „Bin ich Ihr Typ?" kann unter die gelungenen Lustspiele des Monats gerechnet werden: es ist lebendig und voll wirksamer, durchaus für den Film gedachter Einfälle.

Die Beschwingtheit, die mühelose Komik und Frische des amerikanischen Lustspiels bleibt der deutschen Produktion versagt. Auch dann, wenn sie sich aus dem Ausland einen Star ausborgt wie Nikolai Kolin, den ausgezeichneten Komiker. „Hurra, ich lebe!" ist schwerfällig; die Situationen wirken wie zusammengeklebt. Man kommt zu keiner reinen Freude, zu keinem befreienden Lachen. Es geht einem da ähnlich wie im „Liebesleben der schönen Helena", einer amerikanischen Parodie auf die Antike mit großen, kostspieligen Mitteln hergestellt, und doch matt und dünn. Der deutsche Regisseur — Corda — hat in der Vergangenheit gewühlt, anstatt in die Gegenwart hineinzupacken; was Offenbach vor zwei Generationen witzig gemacht hat, ist heute in der Wiederholung seines Rezepts nur schaler Aufguß.

Selbst ein so ungemein geschickter Regisseur wie Turiansky versagt, wenn er sich an einen historischen Gegenstand heranmacht. Die ersten Szenen seines „Wolga-Wolga" lassen etwas wie jenen „Iwan den Schrecklichen" erwarten. Aber dann verflacht die Geschichte des rebellischen Kosakenhauptmanns Stenka Rasin sehr schnell. Es wird aus dem historischen Wildling des 17. Jahrhunderts ein durchaus edler Karl Moor, auf Lohengrin frisiert, und wir sollen glauben, daß eine Revolution, die das gewaltige russische Reich erschüttert hat, wegen einer dummen banalen Weibergeschichte gescheitert sei. Das kommt dabei heraus, wenn man sich der deutschen Produktion verschreibt.

Die noch recht junge englische Filmproduktion wartet mit etwas Schlechtem auf und mit etwas sehr Gutem. „Jahrmarkt des Lebens" ist selbst für angelsächsische Begriffe unerhört naiv. Der Fabrikantensohn in Lancashire, der eine wilde Hochzeitsreise mit der Tochter eines Werkmeisters gemacht hat, soll von seinem Vater gezwungen werden, die Arbeiterin zu heiraten. In Lancashire, wo Karl Marx bekanntlich die Studien gemacht hat für sein „Kapital", haben die Arbeiter den Himmel auf Erden. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind in glühender Liebe miteinander verbunden, und Arbeitslosigkeit ist dort unmöglich, wie es am Schlusse heißt. Neben solch einem konzentrierten Blödsinn steht ganz unvermittelt ein exotischer Film, mit lauter Indern im Lande selber ohne Zuhilfenahme des Ateliers gedreht: „Das Grabmal einer großen Liebe", ein wahres Wunder an Schönheit und Echtheit. Geschichte und Gegenwart fließen in jenem tropischen Lande noch unmittelbar ineinander über, und ein wunderliebliches Märchen blüht vor unsern entzückten Augen auf, als hätte es sich gestern zugetragen anstatt vor 300 Jahren.

Ein russischer Volltreffer ist dann noch der „Eisbrecher Krassin", der die verunglückte Nobile-Expedition gerettet hat. Beste Filmreportage.

Hermann Hieber.

dauernden Herzens für verloren; mindestens für viele Jahrzehnte würde es seine Rolle in der Welt ausgespielt haben.

Die überraschende Tatsache nun, daß die junge deutsche Republik schon jetzt, nach erst 10 Jahren, sich eine achtunggebietende Stellung wiedererrang, und dies nicht als Militärmacht, sondern dank seiner Leistungsfähigkeit, Arbeit und Friedenspolitik, wird hier in Spanien vollauf gewürdigt und anerkannt.

Und was für uns am wertvollsten ist: Es vollzog sich ein Frontwechsel der spanischen Intellektuellen, die während des Krieges fast durchweg deutschfeindlich gesinnt gewesen waren. Deutschland galt ihnen — mit Recht oder mit Unrecht — als die Hochburg der Reaktion, des Militarismus, der Unfreiheit; Frankreich hingegen war das Land der Revolution, der Menschenrechte, des freien Fortschritts. Das hat sich nun ganz erheblich geändert. Die gleichen Zeitungen liberaler, demokratischer und sozialdemokratischer Einstellung, die während des Krieges zum Teil sogar zum Kampfe gegen Deutschland an der Seite der Alliierten aufgefordert hatten (zumal als die U-Boote spanische Schiffe torpedierten), sind heute von einer unfreundlichen Haltung Deutschland gegenüber weit entfernt; im Gegenteil: die für Deutschland wichtigsten Stimmen kommen gerade aus dem ehemals feindlichen Lager. Anderseits bewahrten auch die damals deutschfreundlichen Blätter ihre Haltung bei — da dem Kaisertum gewiß niemand im Ausland nachtrauert, — und so hat Deutschland eine durchaus „gute Presse".

Am bedeutendsten für uns ist es aber, daß die jüngere, jetzt aufstrebende Geistigkeit Spaniens die Werte der deutschen Kultur — Philosophie, Forschung und Dichtung — gebührend zu schätzen beginnt, was früher keineswegs der Fall war. Zahlreiche Uebersetzungen deutscher Werke sind daher ein greifbarer Beweis. Der größte spanische Philosoph und Essayist, Ortega y Gasset, und der ihm nahestehende Kreis der besten Literaten der jüngern Generation, ist vor allem in diesem Sinne tätig, und verdient unsre dankbare Anerkennung. Früher war Frankreich die Brücke von Spanien zu Europa, das A und das O; jetzt nicht mehr. In seine einst priviligierte Stellung hat die deutsche Kultur eine Bresche geschlagen.

Die in Madrid und in Barcelona seit einigen Jahren bestehenden „Arbeitsstellen für deutsch-spanische Wissenschaftsbeziehungen" machen es sich zur Aufgabe, den Austausch kultureller Werte zu pflegen und werden beiderseits viel in Anspruch genommen.

Was das „offizielle Spanien" anbetrifft, die Diktaturregierung des Generals Primo de Rivera, so ist sie allen Ländern des europäischen Auslandes gegenüber ziemlich ablehnend eingestellt. Ihrem Wesen nach stark nationalistisch, und nur aus Mangel an Macht nicht militaristisch, zeigt sie Sympathien „kollegialer Art" nur für die Diktatoren Italiens und Portugals.

Der von der Diktatur geförderte ökonomische Nationalismus, die übergroße Protektion der wenig leistungsfähigen einheimischen Industrie durch Hochschutzzölle und administrativen Protektionismus, bereitet den deutschen Handelshäusern in Spanien, wie auch allen denen andrer Nationen, große Schwierigkeiten, die sich künftig gewiß noch verschärfen werden. Es werden in Barcelona zwei deutsche Zeitungen herausgegeben, zweisprachig, die den deutschen und deutsch-spanischen Interessen dienen.

Deutsche Schulen, mehr oder weniger vollständige Realschulen, befinden sich in Madrid, Barcelona, Malaga, Sevilla, Bilbao und auf den Kanarischen Inseln. Deutsche Aerzte erfreuen sich großen Zuspruchs aus spanischen Kreisen. Ein sehr gut geleitetes deutsches Krankenhaus ist in Madrid; ein zweites wird in Barcelona errichtet werden. In Madrid und Barcelona gibt es auch deutsch-evangelische Kirchen.

In allen Orten mit größerer deutscher Kolonie bestehen Vereine für Geselligkeit, Turnvereine, Sportvereinigungen und so weiter. Leider stehen sich die Vereine vielfach etwas feindselig gegenüber; jedenfalls fehlt es an Zusammenhalt, woran in erster Linie der noch aus alten Zeiten übernommene Kastengeist die Schuld hat. Es ist sehr zu wünschen, daß der neue Geist unsrer Republik auch darin allmählich Wandel schafft.

Was die politische Einstellung der spanischen Auslandsdeutschen anbetrifft, so war sie unmittelbar nach dem Kriege vorwiegend monarchistisch; denn die meisten in Spanien ständig Ansässigen hatten den Krieg und den Zusammenbruch persönlich nicht mitgemacht, und so fehlte ihnen die Einsicht der praktischen Erfahrung am eignen Leib. Auch dies hat sich jedoch ganz erheblich geändert. Von den seit vielen Jahren nach hier Ausgewanderten haben zwar die meisten noch ihre alte Gesinnung bewahrt; was aber weniger „politisch schwarzweißrot" bedeutet als „sentimental". Denn da sie zu andern Zeiten aus Deutschland weggingen, verbindet sich die Erinnerung und Liebe zur Heimat immer noch auch mit den alten politischen Zuständen. Immerhin sind auch bei solchen starke Wandlungen zu verzeichnen. Der in den letzten Jahren erst Zugezogene ist, das kann wohl mit Bestimmtheit behauptet werden, in den meisten Fällen gut republikanisch gesinnt. Ein Beweis dafür ist — eine politische Organisation besteht in Spanien bisher nicht —, daß die großen deutschen demokratischen Zeitungen weitaus am meisten gekauft werden. Die in Deutschland selbst zutage getretene Umwandlung hat sich hier ebenso ausgewirkt.

Es ist zu hoffen und zu glauben, daß auf diesem Wege weiter fortgeschritten wird. Dann werden auch die Kompromiß-Lösungen vermieden bleiben, die auch jetzt noch hier gemacht werden: bei Festlichkeiten der Kolonie sowohl die schwarzrotgoldene als die schwarzweißrote Fahne zu zeigen. Es wird das getan, um des lieben Friedens willen und um unsern spanischen Freunden kein Schauspiel von Zerrissenheit zu bieten, indem entweder die einen oder die andern fernbleiben. Aber wird nicht gerade durch die beiden Fahnen der Zwiespalt unnötigerweise augenfällig gemacht?

In weitern 10 Jahren deutscher Republik wird die Umstellung vollzogen sein. E. F.

Reichsbanner-Beobachter

Rotfront stagniert.

Die „Rote Front" bringt in ihrer letzten Nummer die Fortsetzung des Berichts über die Reichsführertagung des Roten Frontkämpferbundes. Auch von dem organisatorischen Bericht läßt sich dasselbe sagen wie von Thälmanns politischem Referat (siehe Nr. 44 des „Reichsbanners"): „Es geht mit gedämpftem Trommelklang . . ."

Zwar hat man 33 521 neue Mitglieder aufnehmen können, aber sie sind durch die ungewöhnlich große Fluktuation so weit wieder verlorengegangen, daß eine sehr starke Unzufriedenheit über den Stand der Mitgliederbewegung in dem Bericht deutlich zum Ausdruck kommt: „Feststellen müssen wir jedoch, daß unsre Mitgliederzahl auch heute noch in keinem Verhältnis zu den politischen Erfolgen steht, die wir in der Berichtsperiode zu verzeichnen haben." Aber nicht nur bei den Mitgliedern selbst herrscht diese Fluktuation. Auch über den dauernden Wechsel in den Führerkreisen wird lebhaft Klage geführt. Der Bericht bezeichnet als wichtigstes Kapitel der Tätigkeit des Roten Frontkämpferbundes die Vermehrung und Stärkung der Betriebsgruppen, muß aber gleichzeitig feststellen, daß in dieser Beziehung keine Fortschritte gemacht worden sind. Bemerkenswert ist noch, daß der Prozentsatz der politisch und gewerkschaftlich organisierten Mitglieder gesunken ist.

Also, Mißerfolge über Mißerfolge. Und der Grund? In der Aussprache meinte der Vertreter des Gaues Halle-Merseburg: „Weil wir die Liebe zur Organisation nicht in genügendem Maße hervorrufen konnten." Kein Wunder bei den Prügelmethoden kommunistischer Politiker. —

*

Sammelt für die Fememörder.

In einem Aufruf der „Nationalen Nothilfe" und der „Vaterländischen Gefangenenhilfe", der von einer ganzen Anzahl rechtsradikaler Politiker mitunterzeichnet wurde, wird um Weihnachtsgaben für die Fememörder gebeten. An und für sich eine interne Angelegenheit dieser Kreise, die nur durch folgende Bemerkung politisches Interesse gewinnt:

„Welcher gute Deutsche will mit Frau und Kind unter den Weihnachtsbaum treten, ohne für die gesorgt zu haben, die in diesen heiligen Tagen ihren Müttern, Frauen und Kindern entzogen werden, nur um politische Rache zu befriedigen?"

Daß eine nicht mehr zu überbietende moralische Verwilderung in rechtsradikale Kreise eingezogen ist, brauchte uns durch diesen Aufruf nicht mehr bestätigt zu werden. Aber daß auch der Hochmeister des Jungdeutschen Ordens, Artur Mahraun, sich dazu hergegeben hat, seinen Namen unter diesen mehr als geschmacklosen Aufruf zu setzen, ist doch eine Tatsache, die angemerkt zu werden verdient. —

*

„Republik-Hoch verfassungswidrig."

Ein Lic. Walter Schulz bemüht sich in dem Novemberheft der Bundeszeitschrift des deutschnationalen Lehrerbundes „Nationale Erziehung" um den Nachweis, daß ein Hoch auf die deutsche Republik eine ganz niederträchtige Verletzung der Weimarer Verfassung sei. Die Nationalversammlung habe den Antrag, die Ueberschrift der Verfassung in „Verfassung der deutschen Republik" zu ändern, abgelehnt und ausdrücklich beschlossen, die Verfassung „Verfassung des Deutschen Reiches" zu nennen, darum verlange die Hochachtung vor der Verfassung, daß ein Hoch nur auf das Deutsche Reich und nicht auf die deutsche Republik ausgebracht werde. Selbstverständlich druckt die „Deutsche Zeitung" dieses Erzeugnis eines verkorksten Gehirns triumphierend nach.

Es ist schon richtig, daß die Nationalversammlung die von dem Lic. Walter Schulz erwähnte Entscheidung getroffen hat. Aber darin hat doch nur die Tatsache ihren Ausdruck gefunden, daß das Deutsche Reich durch die Staatsumwälzung nicht untergegangen ist, sondern weiterlebt, wenn auch jetzt in der Staatsform der Republik. Gegner der Weimarer Verfassung sollten die Finger davon lassen, sich als Hüter der Verfassung zu gerieren. Dann kann allmählich nichts andres herauskommen, als daß sie die Sammlung des politischen Humors bereichern. —

*

Die Wahrheit siegt.

Es geschehen doch noch Zeichen und Wunder. Die „Kreuzzeitung" vom 19. Dezember bespricht ein soeben von dem rechtsstehenden Abgeordneten Professor Bredt veröffentlichtes Buch „Die belgische Neutralität und der Schlieffensche Feldzugsplan". Sie schreibt in ihrer Kritik:

„Der Verfasser entwickelt auf Grund eines schier unermeßlichen Quellenstudiums in knapper klarer Sprache und mit zwingender Logik die Gründe, weshalb Belgiens Neutralität de facto et de jure beim Kriegsausbruch bestand und weshalb Deutschland die juristischen Begriffe von „Notstand" und „Notwehr" nicht für sich in Anspruch nehmen konnte."

Bisher haben unsre Deutschnationalen immer behauptet, Belgiens Neutralität habe bei Ausbruch des Krieges überhaupt nicht mehr bestanden, und deshalb sei Deutschland auch juristisch zu seinem Einmarsch in Belgien berechtigt gewesen. Jetzt sind mit einem Male die Gründe, die Professor Bredt für das Gegenteil anführt, auch für die „Kreuzzeitung" von „zwingender Logik". Die Wahrheit läßt sich eben auf die Dauer nicht verbergen. Aber wehe, wenn eine republikanische Zeitung die Kritik der „Kreuzzeitung" geschrieben hätte! Dann wäre ihr sicherlich der Vorwurf nicht erspart geblieben, daß sie der Entente neues Material für die Kriegsschuldpropaganda geliefert hätte. —

*

Stahlhelm schützt Hugenberg

Am 19. Dezember sprach Hugenberg in einer deutschnationalen Versammlung in Köln. Der Stahlhelm hatte den Saalschutz übernommen. Nach Schluß der Rede versuchte der Versammlungsleiter die Versammlung mit dem Deutschlandliede zu schließen. Nach Absingen des Liedes erhob ein Mitglied des Jungdeutschen Ordens Einspruch gegen das Mundtotmachen der Opposition. Er warf der Versammlungsleitung Irreführung der öffentlichen Meinung vor, die darin zu erblicken sei, daß man nach außen hin sich den Anschein gebe, eine Aussprache zuzulassen, um sie dann, wie üblich, mit dem Absingen des Deutschlandliedes zu verhindern. Jetzt griff der Saalschutz des Stahlhelms ein. Der „Jungdeutsche" berichtet darüber:

„Aus allen Ecken und Enden des Saales stürzten diese als Hugenberg-Parteischutz Engagierten auf Bruder Bettels zu und versuchten ihn am Weiterreden zu verhindern. Einer dieser Beschützer der D. N. V. P. versuchte sogar, Bruder Bettels von hinten den Mund zuzuhalten. Bruder Bettels konnte trotzdem seine Ausführungen zu Ende bringen und mußte dann in Anbetracht der Uebermacht der Hugenberg schützenden Stahlhelmer seinen Widerspruch einstellen. Einige Ordensbrüder, die glaubten, Bruder Bettels beispringen zu müssen, wurden von dem Stahlhelm angegriffen und zum Ausgang hinausgedrängt."

Der Stahlhelm, der sich stolz „die deutsche nationale Freiheitsbewegung" nennt, sieht also heute seine Aufgabe darin, Herrn Hugenberg vor unangenehmen Diskussionen zu bewahren. Er ist halt doch nur „Wach- und Schließgesellschaft der Deutschnationalen Volkspartei". —

*

Bayrische Reichshetze im Ausland.

Der Berner „Bund" brachte am 10. Dezember eine Zuschrift aus München als Leitartikel, an der man nicht gleichgültig vorübergehen kann. In ihr wird gegen das Reich die Anklage der Rechtsbruchs erhoben:

„Es haben schon Vorwürfe von geringerer Schärfe zum Kriege geführt; und man kann ohne Uebertreibung sagen, daß die Spannung zwischen Bayern und dem Reich allmählich auf eine Höhe steigt, die für eine Lösung im Wege friedlicher Verhandlungen wenig Aussicht mehr läßt."

Nachdem die Frage aufgeworfen ist, ob die Bayern politisch geschult seien, folgt die in eine Resignation gekleidete Drohung:

„Gerade von Völkern ohne großen politischen Weitblick sind unter Umständen unerwartete Entschlüsse zu gewärtigen."

An eine Kriegserklärung Bayerns, so wird zwar versichert, denke kein Mensch, „der Verantwortung trägt"; aber dann wird vom Einmarsch der Reichswehr als einer möglichen Reichsmaßnahme gesprochen. Was bleibt dann Bayern?

„Die freudige Bereitwilligkeit Frankreichs, das nicht ohne Grund in München eine diplomatische Vertretung unterhält, Bayern Unterstützung in weitgehendem Maße anzubieten."

England wird seinen Rat geben — denn es hat ja die irischen Erfahrungen hinter sich. Amerika wird beschworen: Die wörtliche Zitierung der Unabhängigkeitserklärung dient als Beleg des bayrischen Naturrechts. Oesterreich und die Schweiz erscheinen als Beispiel, daß auch kleine Staaten leben können. Außerdem:

„Die Blicke in Bayern richten sich jetzt oft nach der Schweiz. Nicht als ob man von dort Hilfe in dem Kampfe, der schon begonnen hat, erwartet; aber Verständnis für diesen Kampf glaubt man in einem Lande zu finden, das selbst in hartem und heißem Ringen seine Freiheit und Selbständigkeit behauptet hat."

Die Wirtschaft Bayerns, so wird schließlich zugegeben, würde leiden unter der Trennung vom Reich; aber wer die Stimmung des Volkes kennt, „zweifelt nicht daran, daß das ganze Volk bereit ist, die Opfer zu bringen".

Die bayrische Regierung hat alle Veranlassung, festzustellen, wer hinter dieser Veröffentlichung steht, und die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen. Hier haben wir es wirklich einmal mit landesverräterischen Treibereien zu tun. Auch die Reichsregierung sollte sich einmal darum kümmern, was wieder einmal in dem bayrischen Hexenkessel zusammengebraut werden soll. —

Bücher und Zeitschriften

Herriot. Erinnerungen eines Politikers und Staatsmannes. Karl-Reißner-Verlag, Dresden. 1928. 255 Seiten. Broschiert 5 Mark, gebunden 6,50 Mark.

Die deutsch-französische Verständigungspolitik wird immer neben Briand mit dem Namen Herriots, des Siegers vom 11. Mai, verbunden bleiben. Am 9. Februar 1925 überreichte ihm als Ministerpräsident der deutsche Botschafter jenes Memorandum, mit dem die Politik eingeleitet wurde, die in den Locarno-Verträgen gipfelte. Man hat es auch in weiten Kreisen Deutschlands nicht verstanden, daß Herriot, der Poincaré stürzte und die französische Außenpolitik in die Bahn der europäischen Verständigung hinüberleitete, sich bereit gefunden hat, in ein Kabinett Poincaré einzutreten. Man wird das Buch als eine Rechtfertigungsschrift auffassen müssen, entstanden aus dem Wunsch, auch diesen Schritt als eine innere Notwendigkeit einer immer mit zäher Konsequenz verfolgten Politik erscheinen zu lassen. Das Buch führt uns von den Kindertagen Herriots bis in die unmittelbare Gegenwart hinein, gibt einen Einblick in die in der französischen Innenpolitik wirkenden Kräfte und vermittelt als Ganzes das Bild eines Mannes, der es bei stark ausgeprägtem Nationalgefühl gelernt hat, über die Grenzen seines Landes hinauszublicken und Frankreich als Teil Europas zu empfinden. Für uns Deutsche besonders lesenswert, weil es zeigt, wie sich das deutsch-französische Problem aufrichtigen Verständigungsfreunden in Frankreich darstellt. —

Denkwürdigkeiten. Von Generalfeldmarschall Colmar von der Goltz. Verlagsbuchhandlung E. S. Mittler u. Sohn, Berlin SW 68. 500 Seiten mit Titelbild und 6 Textskizzen. In Ganzleinen 17,50 Mark.

Das wie alle Veröffentlichungen des Verlags E. S. Mittler u. Sohn bestens ausgestattete Werk ist zur geschichtlichen Erkenntnis der militärpolitischen Entwicklung des preußischen Staates und des nachbismarckschen Reiches sehr wertvoll. Von der Goltz verdankte es wohl nur seinem das ganze wilhelminische Milieu überragenden Intellekt, daß er sich hat behaupten und im Heeresorganismus zu leitender Stellung gelangen können. Ganz zur Geltung hat sich der sehr kritisch veranlagte Mann nicht bringen können. In seiner ersten bedeutenden Schrift „Leon Gambetta und seine Armeen", die nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland, namentlich in Frankreich starke Beachtung fand, gelangte er zu Gedankengängen hinsichtlich Heeresorganisation, die insbesondere auch (im Erfurter Programm) von sozialdemokratischer Seite mit berücksichtigt wurden. Er forderte im Prinzip restlose Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht, verlangte aber aus wirtschaftlichen Gründen mit Vermehrung des Heeres eine wesentliche Verkürzung der Dienstzeit im aktiven Stande. Eine starke Annäherung an den Gedanken der Miliz. Für solche „Abkiegung ins Demokratische" hatte man schon in der Aera Bismarck keinerlei Verständnis. Es kam zur „Strafversetzung" in eine „kleine Garnison"; aus der beinahe eine endgültige „Verabschiedung" geworden wäre. 1883—1895 ist von der Goltz in türkischen Diensten. Ueber die Zustände in der alten Türkei ist manch Aufschlußreiches gesagt. Seinen geistigen Höhepunkt erlebt von der Goltz 1898—1902 als „Chef des Ingenieur- und Pionierkorps". Er gerät in scharfen Gegensatz zum Chef des Generalstabs, dem Grafen Schlieffen, der damals das „Siegesrezept" des Einmarsches in Belgien ausbrütete. Im Weltkrieg endet der 73jährige, nachdem er noch bei Kut el Amara den einzigen großen Erfolg der Türken gegen die Engländer vorbereitet gehabt hatte, am Fleckfieber. Sowenig wie Falkenhayn und Ludendorff hat auch von der Goltz, der seit 1915 wieder im Orient stand, die wahren Zustände der jungtürkischen Herrlichkeit zureichend klar erkannt. Hier sah und sieht „Soldat Jürgens", dessen köstliche Orienterinnerungen hier schon empfohlen wurden und aus denen wir noch manches zu bringen gedenken, weit klarer. Nur teilen sich beide, der Marschall und der Soldat, in den Fehler, die im Grunde wertlose Abenteurerfigur eines Enver Pascha völlig verkannt zu haben. M.

Vertrauen zu Deutschland? Von Wladimir d'Ormesson. 216 Seiten. Geh. in Halbleinwand 5,50 Mark. Verlag der Germania-A.-G., Berlin C 2.

Der Germania-Verlag hat mit der Uebersetzung von Wladimir d'Ormessons politischer Programmschrift, der zudem eine interessante kritische Einleitung aus der Feder des Gesandten a. D. Grafen Oberndorff vorangestellt ist, wertvolles Material geliefert. D'Ormesson ist dem französischen Konservativismus zugehörig. Für ihn bedeutet Konservativismus realpolitischen Blick, Fortschritt (von Sozialismus zu schweigen), Gefühl. Wo er, ohne seinen nationalen konservativen Grundforderungen entgegenzuwirken, den deutschen Konservativismus stützen kann, tut er es. Die nationalistische Welle in Deutschland bis 1927 — nun, das sei nicht zu tragisch zu nehmen: „Nein, das alles ist nicht ernst zu nehmen, sowenig wie die französische Behauptung, daß die Zugehörigkeit von vier nationalistischen Ministern zur Reichsregierung die Annäherungspolitik lähme. Wer die Herren von Keudell, Schiele, Hergt und Koch kennt, wird über solche konservative Verbundenheit nur lächeln und alle Gedankenfolgen, die sich aus solcher Grundauffassung entwickeln können, letzlich doch als mehr oder weniger unbrauchbar ansehen. Ein wirksamer Schritt auf dem Wege zu europäischer Einheit kann so das aufschlußreiche Buch des Franzosen nicht werden. Daß nur von europäischer Einheit aus das Kernproblem der Verschuldung an Amerika, von da aus dann das Reparationsproblem angepackt werden kann, liegt nicht im konservativen Gesichtskreis. So begeht er den typischen französischen Fehler, die Besatzungsfrage (im Rheinland) zu verketten mit dem Reparationsproblem, eine politische Frage zur rein wirtschaftlichen zu machen. Auf dieser Weise läßt sich nun allerdings die Besatzung fast endlos hinausschieben. Ebenso unbefriedigend sind d'Ormessons Ausführungen zum Anschlußproblem. Hier gilt: „Du sprichst vergebens viel, um zu versagen; der andre hört aus allem nur das Nein!" Im übrigen wird auf das inhaltsreiche Buch wohl noch im einzelnen zurückzukommen sein. M.

Aus den Gauen

Gau Oberschlesien. Am 2. Dezember überreichte das Reichsbanner in Hindenburg der Stadtverwaltung ein Oelgemälde des ersten Reichspräsidenten Ebert. Damit war ein stimmungsvoller Festakt verbunden, bei welchem der Gauvorsitzende, Kamerad Hille, und Oberbürgermeister Dr. Lukaschek Ansprachen hielten. — In Neudorf konnte eine Ortsgruppe des Reichsbanners gegründet werden.

Gau Niederschlesien. In Sprottau und Lauban fanden gut besuchte Kreiskonferenzen statt, die sich mit organisatorischen Fragen und den Veranstaltungen im Jahre 1929 beschäftigten.

Gau Leipzig. Im Verlauf der Monate Januar und Februar finden im Gaugebiet eine große Anzahl von Bundesgründungsfeiern statt, für die überall ausgewählte Programme zusammengestellt sind. — Am 15. Dezember fand in Hartha ein Werbeabend statt, der einen erfolgreichen Verlauf nahm. — Die Bezirksversammlung in Arnsdorf war ein neuer Anstoß für die fortschrittliche Bewegung des Reichsbanners.

Gau Ostsachsen. Der ehemaligen Mitglieder Erich und Artur Hölzel der Ortsgruppe Groß-Drebnitz wurden aus dem Reichsbanner ausgeschlossen.

Gau Pfalz. Auf einer am 16. Dezember in Speyer stattgefundenen Bezirkskonferenz gab das Referat des Kameraden Schumacher wertvolle Anregungen für die zukünftige Arbeit.

Ab 1. Januar neue Beitragsmarken!